

Regierung gibt Verkauf von Wintershall Dea an britischen Konzern frei

Berlin. Das Bundeswirtschaftsministerium hat nach Informationen von *dpa* den Verkauf der BASF-Tochter Wintershall Dea an den britischen Ölkonzern Harbour Energy freigegeben. Zuvor hatte es eine Investitionsprüfung gegeben. Die Regierung kann potenzielle Transaktionen untersagen oder mit Auflagen belegen, sollte sie die nationale Sicherheit gefährdet sehen.

Michael Kruse, energiepolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, sagte der *dpa* am Freitag mit Blick auf das Öl- und Gasunternehmen Wintershall Dea, ein weiteres Unternehmen mit hochspezialisierter Kenntnis verlasse Deutschland. »Diese Nachricht ist in Zeiten von ausbleibendem Wachstum enttäuschend.« Es werde Zeit, dass Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) einen Beitrag zur dringend nötigen »Wirtschaftswende« leiste. Die Schaffung von Rahmenbedingungen für eine Abscheidung und unterirdische Speicherung von CO₂ gehöre dazu. »Wenn in Deutschland alle möglichen Technologien behindert werden, folgt der wirtschaftliche Abstieg unausweichlich.« Wintershall Dea ist in diesem Bereich aktiv.

BASF-Finanzchef Dirk Elvermann hatte im Februar deutlich gemacht, er sehe trotz der angekündigten Prüfung durch das Bundeswirtschaftsministerium keine Hürden für den geplanten Verkauf von Wintershall Dea an den Ölkonzern Harbour Energy. Die Prüfung sei im Außenwirtschaftsgesetz und in einer entsprechenden Verordnung eine Selbstverständlichkeit, sagte Elvermann. BASF hatte im Dezember den Verkauf angekündigt. (dpa/jW)

<https://www.jungewelt.de/artikel/476144.regierung-gibt-verkauf-von-wintershall-dea-an-britischen-konzern-frei.html>